



Artikel publiziert am: 27.08.10

Datum: 27.08.2010 - 12.23 Uhr

Quelle: <http://www.fehmarn24.de/nachrichten/fehmarneine-farce-895163.html>

**Siebert zu Betroffenheitsanalyse und Scoping-Termin:**

## "Eine Farce"

**FEHMARN - (wi) Die Betroffenheitsanalyse des Kreises Ostholstein und andere neuere Gutachten geben den Gegnern der Festen Fehmarnbeltquerung recht. Das sagt Malte Siebert, der nicht nur auf Fehmarn den Kampf gegen Europas größtes Infrastrukturprojekt organisiert, sondern auch auf dem Festland in der Allianz der verschiedenen Bürgerinitiativen ein gewichtiges Wort mitredet. Siebert bezeichnete indirekt Landrat Reinhard Sager (CDU) als weltfremd, wenn er glaube, die Bahn werde einer deutlich teureren Verlegung der Trasse an die Autobahn zustimmen.**



© f24

Malte Siebert will Fehmarns schöne Natur bewahren.

Im Zusammenhang mit den möglichen Auswirkungen einer Festen Fehmarnbeltquerung auf das deutsche Hinterland wurden in den letzten Wochen Ergebnisberichte unterschiedlicher Gutachten im Auftrag der betroffenen Kreise und der IHK vorgelegt.

Wie bei der Betroffenheitsanalyse, so Malte Siebert, kämen alle Gutachter im Kern zu ähnlichen Bewertungen. Für Ostholstein entstünden besonders durch die Planungen der Deutschen Bahn, die Bahnstrecke Bad Schwartau bis Puttgarden gemäß Staatsvertrag auf der bestehenden Trasse zu elektrifizieren und zu ertüchtigen, erhebliche volkswirtschaftliche Schäden, Arbeitsplatzverluste im Tourismusbereich sowie herbe Auswirkungen auf die Lebensqualität.

Hauptursache sei der zunehmende Lärm durch rund 80 prognostizierte Güterzüge, die ab 2018 über die Hinterlandanbindung rollen sollen. Siebert: „Deutlich wurde auch, dass Ostholstein, zwischen den vom Vorhaben möglicherweise profitierenden Metropolregionen Hamburg und Kopenhagen gelegen, laut Aussage der Gutachter reine Transitstrecke für den Straßenverkehr werden würde.

Geringfügige Vorteile sollen mit erheblichen Privatinvestitionen in fragwürdige Projekte wie Autohöfe, Billighotels oder Entertainmentparks geschaffen werden, um die Durchreisenden von der Autobahn zu holen.

Das sind blauäugige Hoffnungen, die die nachteilige und nachhaltige Entwertung der Tourismusregion nicht werden aufwiegen können.“ Schon die prognostizierte jährlich verminderte Wertschöpfung von bis zu 8,5 Millionen Euro führe durch Arbeitsplatzverluste zu Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme. Das Aktionsbündnis hält die Schätzungen der Gutachter für zu niedrig und geht von deutlich höheren Einkommensverlusten im Kreis aus. „Ostholstein steht durch die Feste Fehmarnbeltquerung mit dem Rücken zur Wand. Man musste kein Prophet sein, um dies vorherzusehen“, so Malte Siegert, „denn bereits lange vor der Bundestagsentscheidung 2009 hatten Aktionsbündnis und NABU gebetsmühlenartig gegenüber Landesregierung, Kreis und Bürgermeistern das gepredigt, was jetzt offensichtlich ist: ein drohender Totalschaden für eine an sich gesunde und prosperierende Tourismusregion.“ Da aber die Politik erst entschieden und dann über offensichtliche Probleme nachgedacht habe, und die Verwaltungen lange Zeit ignorant gegenüber den Kritikern gewesen seien, hätten diese jetzt die Verantwortung zu tragen.

Zum Scoping-Termin schickt das Aktionsbündnis folgende Pressemitteilung: "Am Mittwoch stellten die Vorhabensträger Femern A/S und der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Lübeck in Eutin ihren Vorschlag für den Umweltuntersuchungsrahmen zur geplanten Fehmarnbeltquerung vor. Umweltverbände und Fachbehörden von Bund (Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, BSH; Bundesamt für Naturschutz, BfN, oder Umweltbundesamt, UBA) und Land (u. a. Naturschutzbehörden) stimmten gemeinsam mit dem Vorhabensträger ab, welche Umweltuntersuchungen in welcher Tiefe für das Projekt zu erfolgen haben. Planfeststellungsbehörde ist der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV-SH) in Kiel. „Das ist juristisch in Ordnung, trotzdem eine Farce. Es zeugt von wenig Fingerspitzengefühl seitens der Landesregierung, wenn Vorhabensträger und die eigentlich neutrale Planfeststellungsbehörde aus einem Haus kommen. Da sitzen förmlich Kläger und Richter in einem Boot“, so Malte Siegert, Vorsitzender des Aktionsbündnisses gegen eine feste Fehmarnbeltquerung. Das schliesse eine neutrale, kritische Begleitung und eine objektive Bewertung der wahrscheinlich erheblichen Umweltbeeinträchtigungen, die durch das Mega-Bauwerk entstünden, aus Sicht des Aktionsbündnisses aus. Das so genannte „Scoping-Verfahren“ ist nicht verpflichtend, bei großen Projekten vor Beginn des eigentlichen Planfeststellungsverfahrens aber üblich. Der Vorhabensträger sichert sich dabei ab, den Untersuchungsumfang ausreichend abgesteckt zu haben. Ein an sich selbstverständliches Protokoll der Sitzung wurde in Eutin nicht erstellt, was bei den Vertretern von Umweltverbänden wie Fachbehörden für Irritationen sorgte. „Es wurden ohnehin nicht alle Umwelt relevanten Themen abgearbeitet. Jetzt wissen wir noch nicht einmal, ob die zahlreichen Anmerkungen gerade von BSH, BfN, den Naturschutzverbänden und uns überhaupt berücksichtigt werden.“ Mit Befremden wurde auch die ungewöhnlich kurze Frist von nur zehn Tagen aufgenommen, die den eingeladenen Umweltverbänden und beteiligten Behörden für die Abgabe weiterer schriftlicher Stellungnahmen zugestanden wurde. Ein Bundes-Behördenvertreter kommentierte dies mit der Bemerkung, das Genehmigungsverfahren für die feste Fehmarnbeltquerung solle wohl seitens der Landesregierung so schnell wie möglich durchgepeitscht werden, wobei und die Umweltprobleme dieses äußerst komplexen Projekts dabei zu kurz kämen. Neben einem Vertreter des BSH bemängelte vor allem Hendrick Kerlen vom Aktionsbündnis, dass die Grundlage vieler Annahmen immer noch auf der Vorstudie von COWI-Lahmeyer aus dem Jahr 1999 basierten. „Angesichts der in den letzten Jahren von Femern A/S durchgeführten Untersuchungen müssen je nach Thema und Bereich heute bereits aktuelle Gutachten vorliegen. Es ist befremdlich, unprofessionell und höchst fragwürdig, dass wir teilweise immer noch mit über zehn Jahre alten und längst überholten Rahmendaten konfrontiert werden“, so der Bau- und Wirtschaftsingenieur. Das ganze Verfahren habe nach Ansicht des Aktionsbündnisses wieder einmal mehr dazu beigetragen, Misstrauen in Projekt und Vorhabensträger zu steigern. Und das gelte jetzt zusätzlich auch noch gegenüber der LBV-SH als Vorhabensträger und gleichzeitig als Planfeststellungsbehörde."